



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 13/16

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Bittere Wahniederlage für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern

Das Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist enttäuschend, darum muss man nicht herumreden. Von einer erstmals im Landtag vertretenen Partei auf den dritten Platz verwiesen zu werden, ist eine bittere Erfahrung. Auch bei dieser Wahl finde ich, dass die Flüchtlingspolitik nicht die alleinige Ursache sein kann. Sicherlich gehört sie aber zu den Hauptgründen. Insbesondere weil es der AfD gelungen ist, Nichtwähler zu mobilisieren. Auch die CDU verliert am meisten Wähler an die AfD. Wir werden parteiinterne Diskussionen führen müssen, um die CDU wieder auf Erfolgskurs zu bringen. Ich bin mir sicher, die Union ist und bleibt die Kraft, die die besten Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit hat.

Denn Fakt ist: Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher arbeiten. Aber es sind noch Vorhaben offen und hier sind SPD und Grüne gefordert: Sigmar Gabriel soll in den rot geführten Landesregierungen dafür sorgen, dass der Bundesrat Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Damit könnte er einen konkreten Beitrag zur weiteren Reduzierung der Asylbewerberzahlen leisten.

Es bleibt auch noch einiges zu tun: Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss intensiviert, Frontex zu einer richtigen europäischen

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe nach der parlamentarischen Sommerpause!*

*In der ersten Woche nach der Sommerpause stand die Bundeshaushaltsplanung für das Jahr 2017 auf der Tagesordnung. Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2017 legt die Bundesregierung das dritte Mal in Folge einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden vor, was der klugen Politik der Regierung und insbesondere dem Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zu verdanken ist. Damit wird auch die Vorgabe des Koalitionsvertrages der 18. Legislaturperiode umgesetzt, wonach der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2015 ohne Neuverschuldung aufzustellen ist. Die stabile Entwicklung der haushaltswirtschaftlichen Rahmendaten und die robuste konjunkturelle Entwicklung erlauben der Bundesregierung gegenwärtig expansiv ausgerichtete Ausgabenpolitik. So können u.a. Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung weiter verbessert werden.*

*Zur Bewältigung der Herausforderung im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen und zur Bekämpfung von Fluchtursachen sind für das Jahr 2017 insgesamt knapp 19 Mrd. Euro vorgesehen.*

*Etwa jeder zweite vom Bund ausgegebene Euro fließt außerdem in den Sozialbereich, so dass der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auch im Jahr 2017 mit 138,6 Milliarden Euro das größte ist.*

*Ein Wort in eigener Sache lesen Sie bitte auf Seite 3.*

*Herzliche Grüße  
Ihre*

Grenzpolizei ausgebaut werden. CDU trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Das Faktenblatt mit allen wichtigen Informationen zur Sicherheit in Deutschland finden Sie in der Anlage.

## **2. Bund-Länder-Klausurtagung zur Behindertenpolitik**

Allen Zweiflern und Skeptikern zum Trotz soll das Bundesteilhabegesetz noch Ende 2016 verabschiedet werden. Das Gesetz gehört für mich zu den wichtigsten Vorhaben dieser Legislaturperiode. Der Gesetzentwurf wird aktuell auf allen Ebenen intensiv beraten. Eine öffentliche Anhörung mit Sachverständigen wird voraussichtlich im Oktober stattfinden. Eine große Herausforderung ist die inhaltliche Weiterentwicklung und damit die Schaffung eines modernen Teilhaberechts für Menschen mit Behinderungen einerseits und das Verhindern einer neuen Ausgabedynamik andererseits. Dieser Spagat muss uns gelingen. Wichtig bleibt, dass die Kommunen durch das Bundesteilhabegesetz nicht stärker belastet werden dürfen.

Die Anhebung der Einkommens- und Vermögensgrenzen ist längst überfällig. Seit 15 Jahren waren sie unverändert. Damit die Eingliederungshilfe nicht länger Armutsfalle wird, werden die Grenzen schrittweise erhöht. Chancen auf dem Arbeitsmarkt werden erhöht und das Schwerbehindertenrecht ausgebaut.

Die Klausurtagung diene zum Austausch mit den Ländern, die u.a. die Sorge geäußert haben, dass durch die Einführung des neuen Behindertenbegriffs es zu einer Ausweitung der Anspruchsberechtigten kommen wird. Dem hat die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Gabriele Lösekrug-Möller MdB (SPD) ausdrücklich widersprochen. Sollte es zu einer solchen Fehlsteuerung kommen, wird dies in der begleitenden Evaluation erfasst und gesetzlich nachgesteuert. In meinen nächsten Briefen werde ich Sie über die Details und die wichtigsten Neuerungen der Reform informieren.

## **II. Die Woche im Parlament (Auszug)**

**1. Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) sowie Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020.** Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte den Regierungsentwurf mit seinen Schwerpunkten vor. Demnach bleibt der Bundeshaushalt in jedem Jahr bis 2020 ausgeglichen, wobei im kommenden Jahr eine Einnahmen- und Ausgabensteigerung von jeweils 3,7 Prozent auf 328,7 Mrd. EUR geplant ist. Die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr voraussichtlich unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken und soll bis zum Jahr 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Das wäre dann das erste Mal seit dem Jahr 2002.

**2. Bundesministerium für Arbeit und Soziales.** Die Ausgaben des größten Bundesetats sollen um 6,7 Prozent auf 138,6 Mrd. EUR ansteigen. Wegen der aktuellen Flüchtlingssituation steigen die Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung. Für das geplante Bundesteilhabegesetz sind für die vier Jahre von 2017 bis 2020 insgesamt gut 1,6 Mrd. EUR Haushaltsausgaben des Bundes berücksichtigt. Gemäß einer Einigung im Koalitionsausschuss darf im laufenden Gesetzgebungsverfahren diese Kostenbelastung des Bundes nicht überschritten werden.

### III. Sonstiges

#### 1. Ein Wort in eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,  
CDU-Ortsvorsitzende, Bürgermeisterinnen und  
Bürgermeister, liebe Freunde,



die Bundestagswahl im September 2017 nähert sich mit Riesenschritten und damit auch die Frage, wer den Wahlkreis 288 Waldshut-Hochschwarzwald danach im Bundestag vertreten soll.

Seit im Frühjahr unser langjähriger Abgeordneter Thomas Dörflinger bekanntgab, dass er nicht mehr zur Kandidatur zur Verfügung steht, haben mich viele von Ihnen gebeten, aufgefordert, gedrängt gar, das Direktmandat anzustreben. Für mich waren das ein großer Vertrauensbeweis und die Bestätigung, dass ich mein Amt gut ausfülle und „ankomme“ bei den Menschen. Für dieses Vertrauen und Ihre Unterstützung in den vergangenen drei Jahren möchte ich mich hier einmal ganz herzlich bedanken.

Ein Bundestagsmandat ist eine spannende, interessante und vielseitige, aber auch anstrengende Aufgabe, die ich sehr gerne ausübe, und die mir viel Freude macht. Deswegen habe ich lange überlegt, ob ich eine Direktkandidatur anstreben soll. Es gibt hier vieles zu beachten.

Meine Heimat im Kreis Waldshut und im Schwarzwald und die Menschen hier haben verdient, durch eine gute Abgeordnete oder einen guten Abgeordneten in Berlin vertreten zu werden. Nachdem mein Freund Felix Schreiner, Landtagsabgeordneter und CDU-Kreisvorsitzender im Kreis Waldshut, seine Bereitschaft, nach Berlin zu gehen, ganz offen mit mir besprochen hat, war mir klar, dass mit ihm ein Generationswechsel möglich ist. Er ist fleißig, intelligent und hat Wahlkämpfe erfolgreich geführt; er ist nur halb so alt wie ich und hat trotzdem schon viel politische und parlamentarische Erfahrung – und er ist initiativ und vernetzt in der Partei und weit darüber hinaus. Auch im Interesse der CDU überlasse ich ihm den Platz und werde nicht zur Nominierung antreten. Diese Entscheidung ist mir nicht ganz leicht gefallen, ich bin aber sicher, das Richtige zu tun.

Das bedeutet, dass nun mein letztes Jahr in Berlin angefangen hat. Ich werde bis zum Ende der Legislaturperiode weiterhin für die Menschen in diesem Wahlkreis Sozialpolitik machen und stehe Ihnen wie bisher bei Ihren Anliegen und Fragen zur Verfügung. Danach werde ich Felix Schreiner unterstützen und bitte Sie, das auch zu tun.

Mit dankbaren herzlichen Grüßen

Ihre

**2. Einkommen steigen stärker als Mieten.** Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise. *(Quelle: IW Köln)*

#### IV. Aktuelle Termine/Hinweise

##### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 11. Oktober, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

##### 2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis und Berlin](#) (Auswahl):

<b>11. September:</b>	Roßfest, St. Märgen
<b>14. September:</b>	Klausur der Landesgruppe Baden-Württemberg, Berlin
<b>17. September:</b>	Regionalkonferenz JU Südbaden, Spaichingen